

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 43.

Mittwoch, den 20. Februar 1918.

25. Jahrg.

Die Russen wollen jetzt Frieden schließen.

Das neue Reichstagswahlrecht.

Dem Reichstag ist eine Vorlage für Wahlreform im Reiche zugegangen, die das Reichstagswahlrecht in bemerkenswerter Weise abändert. Es handelt sich um die Wahlkreiseinteilung, die wie man weiß, seit 1869 unverändert geblieben ist. Jetzt sollen die Wahlkreise, die ursprünglich durchschnittlich 100 000 Seelen zählten, aber inzwischen vielfach infolge der Industrieentwicklung zu gigantischer Größe angewachsen sind, wieder ein wenig in Ordnung gebracht werden. Die vorgeschlagene Reform ist nun nicht eine glatte Neueinteilung, so daß etwa jetzt Wahlkreise von 150 000 Seelen gebildet werden, sondern nur ein Stückchen Notgesetz. Die Wahlkreise, die weniger als 300 000 Einwohner haben, bleiben so wie sie bisher waren. Die Riesenwahlkreise mit mehr als 300 000 Einwohnern erhalten in Zukunft für je 200 000 Seele und jede weiteren Hunderttausend angefangene Einwohner einen Abgeordneten. Ein Wahlkreis mit 290 000 Einwohnern wird also durch die Vorlage überhaupt nicht berührt. Ein Wahlkreis mit 300 001 bis zu 499 999 Einwohnern erhält zwei Abgeordnete, ein Wahlkreis mit mehr als 500 000 Einwohnern drei Abgeordnete usw. In diesen Riesenwahlkreisen sollen nun aber die Sitze nicht sämtlich der Partei zufallen, welche die meisten Stimmen hat, sondern nach der Verhältniswahl unter die Parteien verteilt werden. Chemnitz hatte bisher z. B. ein Mandat, das seit langem in sozialdemokratischen Händen war. Bei der letzten Wahl erhielten wir dort 42 000 Stimmen, die Nationalliberalen 16 500, die Konservativen 6800. Die Stimmenzahlen werden nun der Reihe nach durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, je nach der Zahl der zu behebenden Mandate, und die bei diesem Divisionsresultat jeweils höchste Stimmenzahl erhält das Mandat zugesprochen. Im Chemnitzer Falle fielen das erste Mandat der Sozialdemokratie zu; teilt man aber die sozialdemokratische Stimmenzahl durch 2, so ergibt sie 21 000 und da an diese Zahl die bürgerlichen Stimmenzahlen ebenfalls nicht heranreichen, würde ihr auch das zweite Mandat zugesprochen werden. Hätten sich indessen Nationalliberalen und Konservative auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt, oder, was in Zukunft möglich sein soll, ihre Listen vereinigt, so hätten sie zusammen 25 300 Stimmen gehabt, so daß das zweite Mandat ihnen und nicht der Sozialdemokratie zugefallen wäre.

Dieses Verhältniswahlrecht wird in Zukunft demnach in allen großindustriellen Bezirken herrschen. Die Gesamtzahl der Mandate wird insgesamt um 44, von 397 auf 441 vermehrt. Wieviel von diesen Mandaten der Sozialdemokratie und wieviele den bürgerlichen Parteien zufallen werden, darüber vermöchte selbst auf Grund der Wahlergebnisse von 1912 nur eine sehr gründliche Nachforschung Klarheit zu schaffen. Nun ist aber nichts gewisser als dies: Die Abstimmungsergebnisse von 1912 haben für die nächste Wahl, die nach der ungeheuren Umwälzung dieses Krieges stattfinden wird, nicht mehr die Bedeutung, die sonst frühere Wahlergebnisse für den nächsten Wahlgang haben. Wohl alle Sozialdemokraten sind fest davon überzeugt, daß die Erfahrungen dieses Weltkrieges — das ungeheuerste Unglück, das der Kapitalismus über die Welt gebracht hat und vieles andere — die Zahl der sozialdemokratischen Wähler bedeutend vermehren müssen. Auf der anderen Seite läßt sich gänzlich abschätzen, wie gute Aussichten die Parteienpartei einmütig vorgehenden bürgerlichen Parteien gibt, in jedem Wahlbezirk wenigstens die Hälfte oder ein Drittel der sozialdemokratischen Stimmenzahl aufzubringen, und sich dadurch den zweiten oder den dritten Sitz zu erobern.

Läßt sich also die Wirkung der neuen Wahlkreiseinteilung nicht vorhersehen, so liegen zwei Einwendungen gegen sie sofort auf der Hand. Einmal ist es augenscheinlich ungerade, daß im offenen Gegensatz zu der ursprünglich festgelegten Gleichheit der Wahlkreise, auch in Zukunft große und kleine Kreise nebeneinander bestehen werden. Wie bisher wird die Stimme des großstädtischen Wählers in vielen Kreisen weniger Einfluß auf die Zusammenlegung des Reichstages haben, als die Stimme des Wählers aus irgend einer agrarischen Gegend, oder irgend einem winzigen Kleinkraut. Ebenso ungerade ist diese festgehaltene Ungleichheit ist die neue Ungerechtigkeit, das Verhältniswahlrecht nur auf die großstädtischen Bezirke und nicht auf die übrigen Wahlkreise zu erstrecken. Man schließt dadurch die kapitalistischen Minderheiten in den großstädtischen und entrechtet die sozialistischen Minderheiten in den Kleinstädten.

Aber trotz aller dieser Einwendungen bleibt die Vermehrung der Reichstagsmandate um 44 Sitze, die den Großstädten zufallen, ein außerordentlich bemerkenswerter Fortschritt. Berlin erhält mit seinen Vororten 20 Mandate, statt bisher 8, Hamburg 5 statt 3, Leipzig 4 statt einem, München und Dresden 3 statt 2 und die meisten anderen Großstädte 2 statt bisher einem. Selbst angenommen, daß den Hauptvorteil davon zunächst die Liberalen hätten, bedeutet doch diese Reform der Wahlkreiseinteilung eine Verjüngung der fortschrittlichen Elemente im Reichstage, wird

Berlin, 20. Februar. In der heutigen Sitzung des Reichstages erklärte Freiherr von Kühlmann, daß ein Funkspruch aus Petersburg an die Berliner Regierung gelangt ist, in dem nach einleitenden Worten erklärt wird, daß der Rat der Volkskommissare sein Einverständnis erklärt hat, unter den Bedingungen Frieden zu schließen, die von den Delegationen des Biedrundes in Brest-Litowsk aufgestellt worden sind. Nach den Erfahrungen, die die deutsche Regierung bisher mit den Bolschewiki gemacht hat, können wir solche Telegramme nicht als ein unbedingt bindendes Abkommen ansehen, da bereits amtliche Funksprüche abgelehnt worden sind. Wir haben daher erwidert, daß wir sofort schriftliche Bestätigung des Telegramms nach unseren Linien erbitten. Es ist uns geantwortet worden, daß eine derartige Bestätigung unverzüglich abgehandelt werden wird. Der Staatssekretär erklärte dann weiterhin, daß seiner Auffassung nach allzugroße Freude über diese neue Stellungnahme Petersburgs verfehlt wäre. Bei der Bolschewiki-Regierung sei man niemals vor Ueberraschungen sicher.

Die noch das Bild der Volksvertretung mehr den wirtschaftlichen Tatsachen anpassen als bisher.

Damit ist die Grundlage für weitere Verbesserungen gegeben, und so bleibt es trotz aller Einwendungen wünschenswert, daß diese erste Abschlagszahlung vielleicht noch mit einigen Verbesserungen angenommen wird. Wenn neben das neu errungene hoffentlich gleiche Wahlrecht in Preußen die bessere Vertretung der Großstädte im Reichstage tritt, sind wichtige Fundamente für den Neuaufbau Deutschlands gelegt.

Der Wiederbeginn des Reichstags.

Der Reichstag hat am Dienstag nach einer mehr als reichlich bemessenen Weihnachtspause seine Sitzungen wieder aufgenommen und hatte dabei Gelegenheit, dem neuen Vizekanzler v. Payer zum erstenmal auch persönlich näherzutreten. Herr v. Payer, der von einem hartnäckigen Leiden geheilt ist, nahm in außergewöhnlicher Frische die Glückwünsche der Abgeordneten entgegen. Auch der neue Vorsitzende der Zentrumsfraktion, der Abg. Groeber, war zum erstenmal nach langer Krankheit wieder im Hause anwesend und Gegenstand herzlichster Begrüßung über die Reihen seiner Parteifreunde hinaus. Die Sitzung wurde eingeleitet mit einer längeren Rede des Vizepräsidenten Dr. Kaasche, der an Stelle des erkrankten Präsidenten Dr. Kaempf die Geschäfte des Reichstags leitet. Dr. Kaasche, dem man sonst die Fähigkeiten eines gewandten Redners nicht absprechen kann, verlagte bei dieser Gelegenheit vollkommen. Er verlas eine höchst langweilige Betrachtung der gegenwärtigen militärischen und politischen Lage vom Blatt und sein monotone Tonfall schlieferte das Haus beinahe völlig ein. Im Vergleich zu dieser Leistung waren selbst die Reden des Präsidenten Dr. Kaempf geradezu Höhepunkte.

Die Tagesordnung wurde schnell aufgearbeitet. Zunächst wurden eine große Zahl von Anfragen unserer Genossen Fuchs, König und der Unabhängigen Ledebour und Vogtherr über ungerechtfertigte Verhaftungsverbote vom Regierungstisch mit allerlei Befürchtungen zu recht fertigen gesucht, zu denen diese Verhaftungen angeblich hätten Anlaß geben können. Weiter wurden mehrere Anfragen des Haushaltsausschusses erledigt, in denen er die Entlassung der beiden ältesten Jahrgänge aus dem Heeresverband, die Zurückziehung des Baters aus der Feuerlinie, wenn Vater und Sohn gleichzeitig an der Front stehen, die Schaffung eines Rechtes auf Urlaub für Mannschaften und Unteroffiziere und die Beseitigung oder wenigstens Milderung der Strafe des strengen Arrestes forderte. General v. Wisberg aus dem Kriegsministerium konnte aus militärischen Rücksichten eine volle Erfüllung dieser Wünsche nicht zulassen, der Reichstag aber erhob sie zum Beschluß. Am Mittwoch wird über den Frieden mit der Ukraine verhandelt werden.

Ueber den Arbeitsplan der Reichstages wurden vom Seniorenkonvent folgende Vereinbarungen getroffen:

Am Mittwoch beginnt die Plenarsitzung um 11 Uhr, um den Friedensvertrag mit der Ukraine zu beraten. Am Donnerstag fällt die Plenarsitzung aus; dafür tagt der Hauptausschuß, dem der Friedensvertrag mit der Ukraine übermiesen wird. Am Freitag erfolgt die Berichterstattung des Hauptausschusses und daran anschließend die weiteren Lesungen der Vorlage. Außerdem wird ein Antrag betr. die Freilassung

entlassung des Abgeordneten Dittmann verhandelt. Am Sonnabend steht zur Beratung der Gesetzentwurf über die Vermehrung der Reichstagsitze und über die Einführung der Verhältniswahl in einer Reihe von Wahlkreisen; außerdem der Gesetzentwurf betr. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Am Montag beginnt die Staatsberatung, die mit einer Rede des Reichskanzlers Grafen Hertling eingeleitet wird. Am Sonnabend, dem 23. März wird der Reichstag in die Osterferien gehen. Man rechnet, daß die Beratungen bis Pfingsten zum Abschluß gebracht werden können.

Der Ukrainefrieden im Hauptauschuß des Reichstages.

BR. Berlin, 19. Februar. Im Hauptauschuß des Reichstages wurde heute der Friedensvertrag mit der Ukraine beraten, nach einleitender Rede des Staatssekretärs von Kühlmann erklärte

Gräber (3.): Bei den Verhandlungen mit der Ukraine hätten Vertreter Polens als beteiligter Faktor gezogen werden sollen, dann wäre die Zuteilung des Cholmer Bezirkes zur Ukraine unterblieben. Bis auf diesen Punkt kann dem Friedensvertrag im ganzen zugestimmt werden.

Seyda (Vole) legt auf verschiedene Verwahrung dagegen ein, daß das Selbstbestimmungsrecht der Polen bei den Friedensverhandlungen mit der Ukraine beachtet worden sei. Ganz unverständlich sei die Abtretung des Cholmer Bezirkes, der schon vom Wiener Kongreß als zu Polen gehörend angesehen wurde. Daher sei eine Korrektur des Vertrages unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der polnischen Bevölkerung des Cholmer Bezirkes notwendig. Ebenso wenig dürften Grodno und Walsztok, urpolnische Gebiete, zu Litauen geschlagen werden.

Ledebour (Unabh. Soz.) fordert die Vorlegung des staatsrechtlichen Aktes, aus dem die Reichsleitung das Recht ableitet, mit der Ukraine, einem Bestandteil des russischen Reiches, einen Friedensvertrag abzuschließen.

Kaumann (Zg.) fragt, wie liegen die staatsrechtlichen Verhältnisse der Ukraine? Meines Wissens liegt nur eine Antwort dazu vor. Ob mit einer von den Gruppen ein gewisser Vertrag abgeschlossen werden kann, ist fraglich. Soll durch die Zwei-Kaiserproklamation vom November 1916 die Gestalt des eben so von dem Verhalten der Polen abhängig gemacht werden, so würde das einen schlechten Eindruck machen.

Dr. David (Soz.): Das Bedenken, daß die Ukraine kein anerkannter Staat ist, ist hinfällig, so formal-rechtlich braucht man nicht zu sein. Schwerwiegender sind die Bedenken hinsichtlich der Cholmer Grenze. Die Erklärung des Ministerpräsidenten von Seidler läßt die Abmachungen ja noch nicht als engültig getroffen erscheinen. Deshalb läßt sich die polnische Politik stellvertretend wieder einreden. Von irgendwelchen Geheimverträgen können wir uns keinen Erfolg versprechen. Was ist richtig an den Meldungen über ein Eingreifen des Militärs in diese Angelegenheiten? Hier wird doch auch österreichisches Interesse berührt. Im Osten herrscht im Augenblick ein trostloses Chaos, an dem die Zweipartigkeit unserer Politik mit Schuld trägt. Wollen wir aus dem Chaos herauskommen, so müssen wir im Osten völlig klare Politik treiben.

Graf Westarp (K.): Ueber den Friedensvertrag mit der Ukraine empfindet er ungetrübte Freude. Deutschland muß hier die größte Zurückhaltung üben. Durch den Vertrag mit der Ukraine ist auch den Wünschen der Türken hinsichtlich der Darbanellefrage entgegen. Die Hilfskräfte gehen auf die brutale Behandlung und Quälung der dortigen Bevölkerung durch die Bolschewisten zurück.

Stresemann (Nat.) unterstreicht den letzten Satz des Vorredners. Ich bin vier Tage in Riga gewesen und kein Tag ist vergangen, an dem mir nicht deutsche oder andere Flüchtlinge über die unbeschreiblichen Zustände und Barbareien in Rußland unter dem Bolschewikiregiment berichtet haben. Vor kurzem sind auf Osel Hunderte von Leuten über das Eis gekommen, um den Grausamkeiten der Bolschewisten zu entgehen. Die Zuneigung der Esten und Leten zu den Deutschen ist entsetzlich, aus dem Gefühl, vor der russischen Anarchie Schutz zu suchen.

v. Trampinski (Vole): Das Entengungsgesetz für Preußen soll befristet werden. Der Entwurf liegt vor, aber es wird nicht verabschiedet. Die Sprachenfrage ist noch nicht geregelt. Die Festlegung der Grenze zwischen Polen und der Ukraine bedeutet einen Janfapfel zwischen den beiden Völkern.

Fischel (Volksp.): Wir stimmen dem Friedensvertrag mit der Ukraine freudig zu. Lieber wäre es uns natürlich gewesen, wenn es gelungen wäre, mit Herrn Trocki zu einem Abkommen mit Großrußland zu kommen. In erster Linie ist für uns das deutsche Interesse maßgebend. Von ihm aus begrüßen wir jeden Einzelfrieden, der diesem entsetzlichen Krieg ein Ende macht. Wir begrüßen den Frieden, weil er unter Umständen die Möglichkeit bietet, unsere Ernährung zu fördern. Wenn nicht immer minutiös die Interessen der Polen in dem Vertrag mit der Ukraine vertreten sind, so gibt hierfür das Verhalten der Polen in gewissem Sinne eine Erklärung hierfür. Es scheint, als ob man in Polen die Zwei-Kaiserproklamation als unfähbare Hypothese aufgefäht hat, daneben aber immer Ausschau hält, ob sich nicht durch eine andere Wendung der Dinge weitergehende politische Wünsche verwirklichen ließen. Wir haben uns stets gegen alle Ausnahmebestimmungen gegenüber den Polen gewandt; aber das Verhalten der Polen im Landtage hat gerade nach dem weitgehendsten Entgegenkommen der Kaiserproklamation auch bei uns die schwersten Bedenken erregt. Den polnischen Ansprüchen

Troziger Abschied.

Wenn das Eisen mich mäht, wenn mein Atem vergeht, sollt' stumm unterm Rasen mich breiten...

War einer, der nie nach Völlerblut schrie, war ein Bürger erst kommender Zeiten...

Eine Geschichte vom Aufopfern.

Kürzlich las man in den Tageszeitungen die Geschichte von einer Dame aus der preussischen Aristokratie, die im Salonwagen...

Spillebed und ich hatten ein Kommando auf St. Julien, Langemarck und dem Herbogen zu. Es war einer von den ersten...

Ich verband ihn nicht und wollte auch nicht trauern. Da bei er dann weitergeschrien und mir die Geschichte von seinem Reich...

Als Spillebed in den Krieg zog, hatte er eine Mäherwerkstatt mit einem Maschinenbetrieb. Er war ein fleißiger Mäher...

Aber nach dem Winter kam der Frühling, kam neuer Krieg, aber kein Ende. In der stillen Frühlingstimmung...

Dann kam die Arbeit wieder die Arbeit wie früher mit dem Rasen, der uns streifen ließ, wurde der Rasen wieder...

Als das kleine Götchen schlief auf dem Rasen vor dem Haus, da ich die Erde sah, begann ich zu weinen...

Da ich nun die Erde sah, begann ich zu weinen, da ich nun die Erde sah, begann ich zu weinen...

Der Weg vom Bahnhof einmündet, die Säge kreischen, dann war ja alles gut, dann war eigentlich noch gar nichts abgebrochen...

Aber er ging nicht zu Ende, dieser unbereifliche graulame Krieg. Und wieder machte der Winter die Menschen starrer...

Der Krieg aber war noch lange nicht zu Ende. Und dann hatte Meister Spillebed Urlaub bekommen. Ein Telegramm war aus der Heimat nach Flandern gelaufen...

Ich aber wachte nun, was Wehrmann Spillebed bedrückte und warum er nicht lachen konnte. Nicht froh und ich widelte...

(Aus: Vom Schreibtisch in den Krieg. Skizzen von Richard Schiller. Preis 40 Pfg.)

Der Herr Oberleutnant.

Vor dem Kriege war er ein netter, lieber, beständiger Junge, der wenig lernte und keinen Vater dankbar war...

Die Abmagerung.

In der Befehlshaberstadt in Dresden hielt der dortige Sanitätsrat Dr. Dienermann einen Vortrag über die Abmagerung. Bei dieser handelt es sich, so führte der Redner aus...

Die Abmagerung ist ein sehr ernstes Problem, das viele Arbeiter betrifft. Durch Strenge, vermehrte Arbeit...

Gartenbau.

Wichtiges Arbeiten im Winter. Soweit die Schneefelder bisher etwa noch nicht beendigt werden konnten...

von Puffbohnen bieten einen gewissen Schutz gegen den Befall durch schwarze Läuse. Beide Säulenpflanzen sind gegen einige...

Ende des Monats kann man auf bereits mit dem Ansaugen...

Bei warmem Wetter vertriebt man rasch und nach die Schneedecke...

Kleines Feuilleton

Wenn Hedwig in den Krieg zieht. Aus einem Artzestroman: 'Seine Liebe', abgedruckt im 'Helfelder Anzeiger'...

Die erste Granate traf einen Wagen und zertrümmerte ihn, ohne daß jemand verletzt wurde. Die zweite Granate fiel mitten zwischen eine Gruppe deutscher Soldaten...

Dieser Marschall, der mit feindlichen Granaten jongliert wie mit Gummibällen, entkam der Phantasia der Roman-... Hedwig Courths-Mahler.

Ukraine nicht Ukraine.

Es darf vorangebracht werden, daß jetzt jedermann die Ukraine, die zukünftige Kernkraft in Südrußland, kennt...

Sprachweisheit der Ukrainer.

Mit lahmem Gauler reißt du nicht weit. Mit Artigkeit allein kriegt man keinen Fort zu Lande. Bei Tisch darf man nicht blöde sein...

Die Spedjäger.

Es gingen drei Städter vom Dorf zur Bahn. Sie hatten gefamstert beim Bauernmann. Ruffsch ruffsch! Quiet quiet! Tralal!

Heiler 25

Komfort. In Ihrem Kamensing, gnä Frau, hab ich mir erlaubt, einige Flaschen Selt mitzubringen...

Der erste Zweifel an der elterlichen Allwissenheit und Aufnahmigkeit ergriß den dreijährigen Heinz, als er auf dem Bahnweg...

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verlag: J. G. Schöner, Friedrichstraße 10, Berlin.